

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/7

Bonn, den 10. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Auswirkungen des neuen Stils</u>	43
	Zur ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1964	
2	<u>Anreize auf Abwegen</u>	45
	Affront gegen Bundesregierung und Berliner Senat	
3 - 3a	<u>Ein Anfang, von dem es kein Zurück gibt</u>	76
	Zur Pilgerfahrt Pauls VI.	
	Von Peter Kellen, MdB	
4 - 5	<u>Wieder Neuwahlen in Griechenland</u>	77
	Die Chancen Papandreu	
	Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auswirkungen des neuen Stils

Zur ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1964

sp - Bundeskanzler Erhard hat die erste Lesung des Haushaltsplanes für das Jahr 1964 zum Anlaß genommen, eine weitgehend von aussenpolitischen Gesichtspunkten bestimmte Erklärung abzugeben. Es war eine Art Rechenschaftsbericht, umfassend seine bisherige Tätigkeit als Bundeskanzler, die ihn, nach eigenem freimütigen Eingeständnis mehr auf das Gebiet der Aussenpolitik als das ihm mehr liegende der Innenpolitik führte. Sein Vorgänger Adenauer hat seinerzeit die Qualifikation Erhards als Bundeskanzler mit dem Argument angezweifelt, er, Erhard verstehe zwar viel von Wirtschaftspolitik, aber von Aussenpolitik verstehe er nicht viel. Die Rede Erhards vor dem Bundestag machte dieses Argument zunichte.

Der zweite Kanzler der Bundesrepublik Deutschland legitimierte sich als ein Mann, dem Verständnis für die weltpolitischen Zusammenhänge nicht abgeht und der wohl erkannt hat, daß deutsche Politik offen, ehrlich, überzeugend und frei von Machtdünkelei oder Sonderbündelei sein muß. Die parlamentarische Opposition stimmte seiner Feststellung zu; es dürfe von nun an keine Zweifel mehr an der Bündnistreue der Vereinigten Staaten geben - ein Thema übrigens, das viele Monate lang die Spalten gewisser, dem Altbundeskanzler nahe stehender Zeitungen füllte. Die Opposition wird auch alle Initiativen unterstützen, die von der Bundesregierung in Richtung der Festigung Europas und einer engen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ausgehen. Erfolge auf diesem Gebiet - und wir haben sie in unserer Lage bitter nötig - entsprechen den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes. Ein deutscher Bundeskanzler, nimmt er seine Aufgabe so ernst, wie es der Bedeutung seines Amtes entspricht, kann und soll sich nicht als Vertreter einer Partei oder einer Koalition betrachten; er ist nach aussen hin der Repräsentant des g a n z e n deutschen Volkes.

Erhard prägte in seiner ersten Regierungserklärung einen neuen, dem demokratischen Klima zugute kommenden, es fördernden Stil. Bei seinem zweiten Auftritt vor dem Bundestag ist er ihm treu geblieben. Die Kalten Krieger und die Heißsporne in den eigenen Reihen - so schwer es ihnen auch fiel - mußten sich Zurückhaltung auferlegen und sogar ein Franz Josef Strauss sah sich gezwungen, auf das ihm völlig neue Gebiet nationalökonomischer Betrachtungen auszuweichen.

Die jetzige Übereinstimmung in den aussenpolitischen Zielsetzungen zwischen Regierung und Opposition ist ein Gewinn für die deutsche Demokratie. Sie gibt ihr nach aussen hin Kraft und Sicherheit. Im Inneren ist freilich noch vieles zu bestellen, so manches in Ordnung zu bringen. Die Rede Alex Möllers zum Haushalt 1964 machte dies deutlich. Bald werden die Konturen und Frontstellungen in der deutschen Innenpolitik jedermann sichtbar werden.

Amrehn auf Abwegen

Affront gegen Bundesregierung und Berliner Senat

sp - Die Berliner CDU hat sich in ihrer Oppositionsrolle offenbar noch nicht zurechtgefunden. Was der frühere Bürgermeister Amrehn am Donnerstag im Abgeordnetenhaus zur Passierscheinfrage an Kritik vorbrachte, war nicht nur politisch abwegig, sondern ließ auch einen erstaunlichen Mangel an Wirklichkeitssinn erkennen. Während fast zur gleichen Stunde im Bundestag die CDU das Passierscheinabkommen billigte und auch der Bundeskanzler das Geschehen während der Weihnachts- und Neujahrstage in Berlin als das Ergebnis der Übereinstimmung von Berliner Senat, Bundesregierung und Westalliierten kennzeichnete, begab sich Herr Amrehn in Berlin auf Abwege. Er meinte zwar, der Senat sei juristisch keinen Schritt vom Wege der im Westen allgemeingültigen Berlinpolitik abgewichen, klammerte sich aber trotzdem in seiner Kritik und in der Begründung der Ablehnung des Abkommens ausgerechnet an Pressestimmen sowohl in der Sowjetzone als auch an die Bedenken solcher Presseorgane, von denen man genau weiß, daß sie bisher noch nicht allzu viele Beiträge zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas geleistet haben.

Ob das Verhalten der Berliner CDU von der Vorstellung diktiert war, sie müsse, seitdem sie nicht mehr im Senat vertreten ist, Opposition um jeden Preis machen, wird sich sehr bald herausstellen. Willy Brandt hat jedenfalls keinen Zweifel darüber gelassen, daß er in Fortsetzung seiner Bemühungen um menschliche Erleichterungen in Berlin jeden Schritt nur im Einvernehmen mit der Bundesregierung und den westlichen Schutzmächten tun wird. Auch Bundeskanzler Erhard hat diese Haltung des Berliner Senats durch seinen eigenen Beitrag zur Frage der Passierscheinregelung bestätigt.

Mehrfach ist in den letzten Tagen von den Kritikern am Passierscheinabkommen gesagt worden, "Willy Brandt und sein engerer Führungskreis" hätten hier die deutsche Politik vor vollendete Tatsachen gestellt. Damit sollte angedeutet werden, der Regierende Bürgermeister umgebe sich mit Leuten, die Berliner Politik mehr oder weniger auf eigene Faust machen wollten.

Eine solche Unterstellung ist geradezu grotesk. Keine Phase der Verhandlungen über die Bewilligung von Passierscheinen ist ohne vorherige Zustimmung der Bundesregierung und der Vertreter der drei westlichen Schutzmächte sowie ihrer Regierungen eingeleitet worden. Auch der Abschluß der Verhandlungen erfolgte mit Zustimmung der Bundesregierung und der drei westlichen Alliierten. Der "engere Führungskreis um Willy Brandt" würde in diesem Falle also heißen: Bundeskanzler Erhard, Bundesaussenminister Schröder, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Dr. Mende, sowie die Vertretungen der drei westlichen Schutzmächte in Berlin. In besserer Gesellschaft kann sich Willy Brandt wohl kaum bewegen, zumal es der uneingeschränkte Wille des Berliner Senats ist, alle Berlin betreffenden Fragen nur im Einvernehmen und mit Zustimmung der Bundesregierung und der westlichen Schutzmächte zu regeln.

Ein Anfang, von dem es kein Zurück gibt

Zur Pilgerfahrt Pauls VI.

Von Peter Nellen, MdB

Wohl zu Recht hat man die triumphal beendete Pilgerfahrt Paul VI. und des Ökumenischen Patriarchen Athenagoras, die hochbedeutsame Begegnung der Römischen Kirche mit der Christenheit des Ostens mit den Worten charakterisiert: Zurück zu den Ursprüngen des Christentums und des Evangeliums! Hinab zu den Quellen! Zurückgreifen auf die letzten Kräfte. Nur so konnte ein erster, nach jahrhundertlanger Abwehr fast unvorstellbarer Schritt der Begegnung gewagt, die brüderliche Umarmung und der ehrliche Friedenskuß getauscht werden.

Man bedenke; Im Jahre 1052 legte der Abgesandte Roms auf dem Altar der Hagia Sophia in Konstantinopel das päpstliche Bannschreiben gegen den Patriarchen des Ostens nieder. Wie man heute zugibt, war das mindestens auch zum Teil eine Demonstration unchristlicher, machtlüsternder Überheblichkeit. Die schrecklichen, aber unentschuldbarer Folgen; westliche Kreuzfahrer begangen und begleiteten ihre "Befreiungszüge" ins Heilige Land mit Mord, Schändung und Ausplünderung der von Rom getrennten östlichen Christenheit. Und das Christentum Rußlands, jahrhundertlang im verzweifeltsten Kampf gegen die den gesamten Westen bedrohenden Tataren, blieb nicht nur ohne Unterstützung, sondern wurde im Rücken angegriffen. Die einzig sinnvolle christliche Solidarität war bis in den Grund hinein zerstört. Petrus und Johannes rüsteten nicht mehr gemeinsam den Tisch des Abendmahls, wie es Christus nach dem Bericht der Schrift gebietet. Die ganze christliche Wahrheit, die volle Geistigkeit, geschichtlich gesehen, der Einklang römischer Rationalität und Gesetzlichkeit und östlicher Liebe und Inbrunst zerbrachen. Scharf und in schriller Dissonanz ständiger Verdächtigungen, kalter Abweisung und oft tätlichen Hasses.

Die zweimalige Begegnung Pauls VI mit Athenagoras vollzog sich im genauesten, wörtlichen Sinne unter der Fesinnung auf die entscheidenden Weisungen, auf das einzige Testament, das Christus den Seinen hinterlassen hat, in den Worten des letzten Abendmahls, in der Rede des sogenannten Hohepriesterlichen Gebotes. Darin wird die unverlässliche Einheit der Liebe, des Verstehens, des gemeinsamen Handelns aller gefordert, die an den einen Vater und den einen Erlöser glauben; wenige Stunden vor seinem Leiden und seinem schmachvollen Tod am Schandholz.

Die Tragödie der christlichen Geschichte eines gespaltenen Westens und Ostens wird in den wenigen Worten Athenagoras deutlich, daß selbst der Kelch des Abendmahls die Christen getrennt habe. - Die Worte dieses Testaments und das "Vater unser" sprachen dann beide gemeinsam, um auch gemeinsam zu segnen. Erstmals seit über 500 Jahren!

Von innen her gesehen kann nur ein Christentum, das in den eigenen Reihen Einheit und Frieden verwirklicht, in der heutigen Weltstunde einer sich entweder einigenden oder aber sich selbst tödlich gefährdenden Menschheit seinen Dienst anbieten und den Anspruch anmelden, dieser Menschheit helfen zu können. Nur so wird es überhaupt gehört, ernstgenommen, kommt es an, wird es zugelassen zur entscheidenden Mitarbeit an einer Welt, die immer mehr eins werden muß, wenn sie überleben will.

Das ist keine Forderung, die man ausenstehend, säkular, mit schmutzigen und bohrenden Zeigefingern stellt. Der Stifter selbst, dessen Namen die Christen tragen, in dessen alleinigem Auftrag die Kirche es wagen kann, zu mahnen, zu beschwören, zu dienen - hat seine Christenheit unter das unerfittliche Gesetz gestellt: ein guter Baum muß gute Früchte tragen. Nur sie können überzeugen. Wenn anders, wird dieses Christentum zum schlimmsten Ärgernis; es stirbt ab, verliert die Einzelmenschen und Völker, verspielt ganze geschichtliche Epochen und verbrennt im Feuer der Geschichte und ihres Gerichtes.

Nur wenn das Christentum durch seine innere einheitliche Lebenskraft und die dadurch möglich werdende neue Aufgeschlossenheit und Freiheit unwiderstehliche Anziehungskräfte entwickelt, darf es sich stark und berechtigt fühlen, zu jener "Dienst" und "Einfluß", der in der beschwörenden Friedensbotschaft des Papstes an über 250 führende politische Persönlichkeiten die letzte und tiefste Sorge der Menschheit aussprechen will.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß eine entscheidende Begegnung stattgefunden hat und ein Anfang gemacht worden ist, der kein Zurück duldet. Die gequälte Menschheit darf etwas Neues und Entscheidendes vom Christentum erwarten, und die Christen müssen begreifen, daß ihre Menschenbrüder an sie einen Anspruch haben. Sie sind ihnen die Erfüllung großer Erwartung schuldig.

## Wieder Neuwahlen in Griechenland

### Die Chancen Papandreas

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Zur gleichen Zeit, da der Sypern-Konflikt nach der Anrufung des ständigen NATO-Rates in Paris und des Weltsicherheitsrates in New York weiteste Kreise zu ziehen begann, sah man sich in Athen plötzlich auch vor einer neuen innenpolitischen Situation. Denn die Regierung Papandreas, die aufgrund des großen Erfolges der Zentrums-Union bei den Wahlen vom 3. November vergangenen Jahres gebildet worden war, trat freiwillig zurück, nachdem sie nur eineinhalb Monate im Amt gewesen war. Und dies, obwohl sie während ihrer sechswöchigen Tätigkeit eine umwälzende Sozial-Reform in Angriff genommen und Maßnahmen getroffen hatte, die in der Nachkriegsgeschichte Griechenlands ihresgleichen suchen.

So wurde für das gesamte Erziehungswesen eine allgemeine Schul- bzw. Studiengeld- und Lehrmittelfreiheit eingeführt. Es wurden der hilfebedürftigen Landwirtschaft neue Mittel zur Verfügung gestellt und alte Schulden auf unbestimmte Zeit gestundet. So wurden die Gehälter der Richter verdoppelt gemäß einer Anordnung in der griechischen Verfassung, die die finanzielle Unabhängigkeit für Richter vorsieht. So wurden schließlich auch die Bezüge sämtlicher Beamten in angemessener Weise erhöht. Trotz der mit diesen Reformen verbundenen erheblichen Mehrausgaben war der Haushalt des Jahres 1964 ausgeglichen. Eine Reform des bislang wenig gerechten Steuerwesens und extreme Sparsamkeit in allen überflüssigen Ausgaben der öffentlichen Hand sollten der Deckung der Mehrausgaben dienen.

### Ohne Mehrheit im Parlament

Die Regierung Papandreas erhielt für diese Maßnahmen, die eigentlich schon sogleich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs hätten durchgeführt werden müssen, die Zustimmung breiter Kreise der Bevölkerung. Denn sie hatte gezeigt, daß es zur Durchführung der längst überfälligen Reformen bisher nicht an den notwendigen Mitteln gefehlt hatte, sondern an festen Willen der politischen Führung und an einer entsprechenden Planung.

Doch verfügte die Regierung der Zentrums-Union nicht über die absolute Mehrheit im Parlament. Bei den Wahlen vom 3. November hatte sie nur 138 von insgesamt 300 Sitzen erringen können. Zwar waren die beiden Oppositions-Parteien, die rechtgerichtete National-Radikale Union und die prokommunistische EDA, bereit, der Regierung eine Art Duldvngsvotum zu erteilen, um ihr die Durchführung des Reform-Programms zu gestatten. Papandreas jedoch lehnte dieses Ansinnen kategorisch ab. Mit der Rechten konnte er nicht zusammenarbeiten, da die Gegensätze zwischen seiner Partei und der National-Radikalen Union auf längere Sicht gesehen unüberbrückbar schienen. Und ein Zusammengehen mit der äußersten Linken liegt für jede Partei Griechenlands ausserhalb des Bereichs der Erwägungen.

So trat die Regierung der Zentrums-Union nach der Abstimmung über die Regierungs-Erklärung am 23. Dezember vergangenen Jahres zurück. Zwar

errang sie die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, doch nur aufgrund der Unterstützung durch die prokommunistische EDA-Partei und durch zwei Abgeordnete der Rechten. So schlug Papandreu dem griechischen König vor, das neugewählte Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Zunächst beauftragte das Staatsoberhaupt den Vorsitzenden der zweitstärksten Partei, Kanellopoulos, mit der Bildung einer Regierung. Dieser mußte den Auftrag jedoch nach zwei Tagen wieder zurückgeben, da es ihm nicht gelungen war, eine lebensfähige Regierung aufzustellen. Angesichts der Krise, die der Zypern-Konflikt heraufbeschworen hatte, appellierte nun der König an die beiden großen Parteien und forderte sie auf, zu koalieren. Kanellopoulos war zwar bereit, doch Papandreu lehnte diesen Vorschlag ab, da er der Meinung war, ein Kompromiß, der auf gegenseitigen Konzessionen fuße, widerspreche dem Willen der Mehrheit des Volkes. So sah sich der König gezwungen, eine Übergangsregierung aus hohen Staatsbeamten unter dem Vorsitz des Vizegouverneurs der griechischen Nationalbank zu bilden und Neuwahlen für den 16. Februar auszuschreiben. Das Parlament wird in den nächsten Tagen aufgelöst.

#### Günstige Chancen

Politische Beobachter in Athen sahen die Chancen der Zentrums-Union unter Papandreu bei den Neuwahlen als außerordentlich günstig an. Dies nicht nur aufgrund des günstigen Eindrucks der bereits in Angriff genommenen Reformen, sondern auch der inneren Schwierigkeiten der National-Radikalen Union wegen, deren ehemaliger Vorsitzender, Karamanlis, der acht Jahre lang Ministerpräsident war, nach den Wahlen vom 3. November das Land verließ und erklärte, er wolle sich aus dem politischen Leben zurückziehen. Viele seiner Anhänger nahmen dies Verhalten übel auf, da es schien, als wolle er nur dann im Lande bleiben, solange er die Regierungsgeschäfte führen kann. Auch der Zypern-Konflikt wird die Rechte in den Wochen des Wahlkampfes belasten, da sie es war, die die Unabhängigkeits-Verträge, die sich in jüngster Zeit als so nachteilig für den griechischen Teil der Inselbevölkerung erwiesen haben, unterzeichnet hat.

Auch für die äußerste Linke dürften die Neuwahlen nicht von Vorteil sein. Der Erfolg der Regierung Papandreu mit ihrem Programm der Reformen beraubte sie ihres ständigen Wahlkampf-Arguments, nur sie wisse die Interessen der arbeitenden Schichten des Volkes zu wahren. Man erwartet deshalb in Athen, daß die EDA-Partei, die bei den letzten Wahlen noch 14 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, wesentliche Einbußen erleiden wird.

Was die Außenpolitik anbelangt, so hat die Regierung Papandreu bereits gezeigt, daß sie die freundschaftlichen Beziehungen zu den verbündeten NATO-Ländern vertiefen möchte und daß ihr besonders an einem harmonischen Zusammengehen mit der Bundesrepublik Deutschland gelegen ist.